

- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Stellenausgleich** ist das Gebot der Stunde.
- **Jugendliche brauchen ein Recht auf Ausbildung und Arbeit**, das durch gesetzliche Rahmen und öffentliche Angebote abgesichert werden muss.
- Der **gesetzlich garantierte Mindestlohn** muss endlich eingeführt werden.

## Von der Repression zum Recht

Reguläre Arbeitsverhältnisse und das Recht der Beschäftigten auf gesicherte Arbeit und Bezahlung wurden in den letzten Jahren immer stärker ausgehöhlt. Unternehmen zielen darauf, Arbeitskräfte ohne Rücksicht auf die Menschen nach Belieben einzustellen, zu entlassen und zu flexibilisieren.

Strukturelle Massenarbeitslosigkeit sowie staatliche Repressionen und Sanktionen gegen Arbeitslose stützen dieses System. Der Zwang zur Arbeit oder zur Zeitverschwendung durch sinnlose Arbeitssuche wird durchgesetzt.

- Die ausufernde Praxis der **Leiharbeit muss zurückgedrängt** werden.
- Die Organisierung der Arbeitslosen und Prekarisierten erfordert neue Handlungsformen und Forderungen, die unter dem Stichwort »**Organizing**« zusammengefasst werden.
- **Menschenwürdiges Einkommen und Freiheit von Repression** sind die unmittelbarsten Forderungen Erwerbsloser.

**Wir brauchen einen Schutzschirm für Menschen, statt Milliarden für Profite von Banken und Unternehmen.**



## Von Arbeit muss man leben können

Wir brauchen gesetzlich festgeschriebene Mindestlöhne und armutsfeste Einkommen, unter die niemand fallen darf.

Öffentlich geförderte Beschäftigung muss ebenfalls armutsfest sein.

## Der Zwang zur Arbeit ist ein Skandal

- Sanktionen und Repressionen müssen abgeschafft werden.
- Arbeit muss **umfairteilt** werden.

## Strategische Initiativen für industrielle Konversion

- Landesmittel werden zur Qualifizierung während der Kurzarbeit und für die Beratung von Unternehmen zur Beschäftigungssicherung eingesetzt.
- Pläne für alternative Fertigungen und sozialökologischen Umbau statt Stellenabbau.



**Kämpfen in der Krise**  
Gemeinsam für das Recht auf Arbeit

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen  
Telefon: 0421-205297-0  
Fax: 0421-205297-10  
www.linksfraktion-bremen.de  
mail@linksfraktion-bremen.de  
V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

# Hast Du keine Arbeit, hast Du ein Problem!



So ist die Lage im Kapitalismus, wo die Arbeitskraft Ware ist, die auf dem Markt angeboten werden muss. In der Krise kommt es zur Zuspitzung.

Gewerkschaften und Linke setzen dagegen das **Recht auf Arbeit**. Unter den heutigen Bedingungen muss dieses Recht den Anspruch auf gute Arbeit umfassen: gesicherter Zugang zu angemessen bezahlter, mit verschiedenen Lebenslagen vereinbar erwerbstätiger, Mitbestimmung und Organisierung, aber auch den Schutz vor Arbeitslosigkeit sowie dem Zwang zur Arbeit.

Die Krise ist bislang vor allem ein Angriff auf Beschäftigte und Erwerbslose. Sie bietet aber auch die Chance, Fehler, Untätigkeit und Zynismus der bisherigen Arbeitsmarktpolitik klar zu machen und die Weichen neu zu stellen. Öffentliche Beschäftigungspolitik, betriebliche Kämpfe, Eingriffe in die Eigentumsverfassung, Arbeitszeitverkürzung und soziale Sicherung ohne Repression sind Handlungsfelder, um die Allgemeininteressen wieder zur Geltung zu bringen, die in den Jahren der Profitgier vollständig verloren gingen.

## Öffentliche Beschäftigungspolitik

Öffentlich geförderte Beschäftigung verfolgt drei Ziele. Sie soll:

- strukturelle Arbeitslosigkeit durch zusätzliche Arbeitsplätze bekämpfen

- individuelle Nachteile durch chancengerechte Angebote überwinden
- gesellschaftlich nützliche Arbeit fördern, die unter Marktbedingungen nicht realisiert wird

Öffentlich geförderte Beschäftigung muss armutsfest, sozialversicherungspflichtig, regulär bezahlt und freiwillig sein. Darüber hinaus muss sie mit allen Arbeitsrechten und einer längerfristigen Perspektive ausgestattet werden.

In den letzten Jahren hat sich Beschäftigungspolitik von diesen Zielen abgewandt. Hartz-Gesetze und die »Neuausrichtung« der Arbeitsmarktpolitik haben ein System geschaffen, das bestimmt ist vom Zwang zur Arbeit, von Entrechtung, Repression und von Armut trotz Arbeit.

In Bremen versagt die Landespolitik dabei, öffentliche Beschäftigung armutsfest zu machen. Mit den privaten Beschäftigungsträgern ist ein neuer Typ von Unternehmen entstanden, deren Geschäftsmodell die Verwaltung von öffentlich bezahlter Billigarbeit ist - ohne gewerkschaftliche Gegenmacht.

## Betriebliche Gegenwehr

In der Krise wird fortgesetzt, was in die Krise geführt hat. Die Exportabhängigkeit wird auf Kosten der Binnen nachfrage gestärkt. Gewinne werden gerade dort staatlich gesichert, wo eine zukunftsfähige Ausrichtung der Produktion versäumt wurde.

Unternehmen versuchen, die Krise in ihrem Sinne zu nutzen. Sie wollen Arbeitsplätze abbauen, Lohnverzicht durchsetzen und staatliche Subventionen erhalten. Die Zeche zahlen die Beschäftigten.

Auf Betriebsebene sind:

- der Kampf um **Sozialtarifverträge**
- die **Solidarität zwischen Standorten** und
- die Forderung nach **erweiterter Mitbestimmung**

wichtige Handlungsfelder in der Krise.

Alternative Fertigung und branchenbezogene Wirtschaftsplanung gewinnen an Aktualität.

## Eigentum und Mitbestimmung

Jetzt ist sichtbar, was passiert, wenn privaten Eigentümern, Aktionären, internationalen Konzernen und ihren Managern die Steuerung der Produktion überlassen wird. Sowohl die Gefahren der entfesselten Finanzmärkte als auch die Risiken unterlassenen öko-sozialen Umbaus waren bekannt. Aber schneller Profit ging vor.

Die Frage nach Alternativen zur privaten Verfügung über die Produktion stellt sich dadurch in neuer Aktualität. Öffentliche Beteiligung, Verstaatlichung, landeseigene Gesellschaften, aber auch Genossenschaften und arbeitnehmereigene Betriebe sind mögliche Formen, wie gesellschaftliche Kontrolle und Einfluss der Beschäftigten gestärkt werden können. Eigentumsfragen und Mitbestimmung hängen dabei eng zusammen.

## Arbeit *fairteilen*

In den letzten Jahrzehnten ist die Produktivität gestiegen. Gleichzeitig ist die durchschnittliche individuelle Arbeitszeit gesunken. Arbeitszeitverkürzung wäre nun die richtige Folge. Stattdessen wird die Spaltung des Arbeitsmarktes vorangetrieben.

Während die Einen arbeitslos sind, leiden die Anderen unter Arbeitszeitverlängerung, Arbeitszeitverdichtung und höheren Arbeitsanforderungen.

Eine immer größere Zahl von Menschen hat gar keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt, darunter auch immer mehr Jugendliche.

